

Kolumne

Unkonventionell

Aussergewöhnliche Situationen bedürfen unkonventioneller Lösungen, besser gesagt, bedürftten. Der Bundesrat sieht dies wohl anders. Ohnehin würde es nicht schaden, wenn wir öfters auch im Krisenmodus vom Üblichen abweichen würden.

Gerade in der Covid-Krise hätten unkonventionelle Lösungen eine Chance darstellen können. Hätten, denn der Bundesrat, allen voran Alain Berset, übt sich in chaotischem «Medien-Event-Management». Reagieren ist seit einem Jahr angesagt, von agieren und damit regieren spürt man wenig. Wie konnte das BAG nur das Kaufangebot einer eigenen Produktionslinie bei Moderna / Lonza ausschlagen? An der fehlenden gesetzlichen Grundlage lag es nicht, wie Bersets Antwort auf eine Frage von Nationalrat Bregy zeigt. Und auf meine kritischen Nachfragen zu diesem Totalversagen: Funkstille. Oder anders gefragt, warum ist man nicht selber auf diese Idee gekommen? Andere Regierungschefs haben direkt mit den Verantwortlichen verhandelt. Die Schweiz hat aber allein bei Moderna / Lonza die Chance auf 100 Millionen Impfdosen verspielt. Von derjenigen bei Johnson & Johnson will ich erst nicht reden.

Dass unkonventionelle Ideen durchaus eine Chance haben, hat der Ständerat letzte Woche bewiesen. Während mehr als einem Vierteljahrhundert engagierten sich viele Kantone und Standesvertreter, darunter auch mein Vorgänger

Jean-René Fournier, für eine obligatorische Erdbebenversicherung in der Schweiz. Erfolglos, trotz des Schadenpotenzials wie bei einer Pandemie. Daher präsentierte ich die Lösung einer Eventualversicherung. Eventual was? Genau: Eventualversicherung! Einer Versicherung, die nur bei einem Schadensereignis zum Zuge kommt, dann aber für alle. Denn im Schadensfall müsste jeder Eigentümer in der Schweiz 0,7 % des Versicherungswertes seines Gebäudes bezahlen, dafür aber während vieler Jahre keine Versicherungsprämie. Bei einem Gebäudewert von einer Million sprechen wir von einmaligen Kosten im Schadensfall von 7000 Franken. Im Vergleich dazu ist heute mit einer jährlichen Prämie von 1500 Franken zu rechnen, was bedeutet, dass sich das Modell der Eventualverpflichtung bereits im fünften Jahr für die Hauseigentümer auszahlt. Vielleicht ein wenig unkonventionell, dafür aber erfolgreich.

Ähnlich unkonventionelle Lösungen wären auch für die AHV nötig. Stattdessen stolpert das Parlament weiter auf konventionellen Pfaden, bis es wieder hinfällt, wie schon so oft bei AHV-Revisionen. Die vorgeschlagenen Erhöhungen des Frauenrentenalters und der Mehrwertsteuer sind alter Wein in neuen Schläuchen. Mir schwebt ein längst bekanntes, jedoch unbeachtetes Finanzierungsmodell vor, eine Finanzmarkttransaktionssteuer. Kurz gesagt, auf jede Transaktion an der Börse und an den Finanzmärkten würde

ähnlich der Stempelabgabe ein Bruchteil eines Promilleansatzes abgezackt für die Finanzierung der AHV. Aufgrund des unglaublich grossen Transaktionsvolumens des Schweizer Finanzmarktes kämen hier innert kürzester Zeit Milliarden für den sozialen Zusammenhalt in der Schweiz zusammen. Die AHV könnte weit über 2040 hinaus finanziert werden. Einen entsprechenden Vorstoss habe ich eingereicht. Wir werden sehen, ob der Bundesrat für diese unkonventionelle Idee zu begeistern sein wird. Wenn er die richtigen Lehren aus der Bewältigung der Corona-Krise gezogen hat, dann hat er eigentlich keine andere Wahl.

Und? Immer noch skeptisch zu unkonventionellen Wegen? Oder vielleicht doch eher neugierig geworden? Ich jedenfalls werde weiter versuchen, mit unkonventionellen Ideen aufzuwarten. Nicht jede meiner Ideen wird erfolgreich sein, aber sie werden alle etwas auslösen: einen Diskurs über die Problemlösung. Und nur das zählt. Unkonventionelle Ideen machen die Politik nicht einfacher, dafür liesse sich, gerade in Krisenzeiten, so mit Kleinstbeträgen Grosses leisten.



Beat Rieder  
Ständerat CVPO

Echo vom Berg

Der Vorhang zu und alle Fragen offen\*

Zum fünfzehnten Mal nehme ich dieses Jahr als Stimmberechtigter an Walliser Staatsratswahlen teil, drei Ersatzwahlen mitgezählt. Sie, geneigte Leserinnen und Leser, werden mir also eine gewisse Erfahrung im Karpfenteich zugestehen, woraus ich für kommenden Sonntag die ultimative Voraussage schöpfe: Es bleibt – den medial und parteipolitisch geschürten künstlichen Aufregungen zum Trotz – alles beim Alten.

So wie in den vergangenen 45 Jahren bei vier von fünf Wahlen. Einzig bei der Wahl des ersten Sozialisten (1997), der ersten Frau (2009) und des ersten SVP-Vertreters (2013) kam es zu Ausnahmen, wobei bemerkenswerterweise bei allen drei Errungenschaften das politische Verfalldatum sehr limitiert blieb.

Jedenfalls sicherer als das Amen in der Kirche ist, dass sich der nächste Staatsrat aus fünf Männern und mindestens vier politisch weitgehend synchron tickenden Bürgerlichen zusammensetzen wird. Und wenn es ganz schief läuft und ausgerechnet der rot-grüne Reynard trotz des Glanzresultats im ersten Wahlgang auf der Strecke bleiben sollte – wozu der Lötschentaler Regierungstatthalter ausser Dienst offen aufrief –, könnte es sogar buchstäblich eine rechte Fünfplings-Geburt werden. Auch wenn Appelle von Altpfaffen in der Regel das Gegenteil bewirken, ausschliessen kann und sollte man in der Politik nie etwas.

Wie auch immer: Politischer Aufbruch, demokratischer Wandel und eine angemessene Beteiligung aller relevanten Kräfte sehen anders aus. Deshalb müssen die grossen Parteistrategen jetzt quasi im argumentativen Notstand mit der Oberwalliser Minderheit und / oder der Rettung der einstigen Allmachtspartei hasardieren und hausieren. Unsere Politik ist an einem neuen Tiefpunkt angekommen, den ich mir nur schwer vorstellen konnte. Der Qualkampf der vergangenen Wochen war inhaltsleer und weit davon entfernt, ein Wettbewerb von Ideen, Konzepten und Projekten zu sein. Genau die aber hätten wir angesichts unserer grossen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Potenziale bitter nötig.

Die Bruchlinien in der Walliser Politik verlaufen sowieso nicht an der Sprachgrenze der Raspille entlang, sondern sie ziehen sich in allen wirklich relevanten Fragen von Gletsch bis St-Gingolph quer durch alle Politbereiche. Es sind die sozialen, ökonomischen und ökologischen Fragen. Was tun wir gegen die prekären Löhne im Dienstleistungs- und Agrarbereich, gegen die herrschenden Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern, gegen die für die Betroffenen und Angehörigen zunehmend unbezahlbaren Alters- und Pflegeheime, die unzumutbaren Arbeitsbedingungen in den Spitälern und in der Langzeitpflege? Wie sind wir

als Ferien- und Erholungsland mit dem dringenden Klima- und Landschaftsschutz, als Wasserschloss- und Sonnenkanton mit der Wasserkraft und der Solarenergie unterwegs? Was sind uns konkret die Erhaltung der Berggemeinden, die Dorfschulen, die Kultur, die Förderung junger Unternehmen und die KMU wirklich wert? Haben wir überhaupt eine Vorstellung, wie wir all das auf die Reihe kriegen könnten?

Der Wahltheater-Vorhang zu und alle Fragen offen.

\* Mit dem Spruch «Und so sehen wir betroffen / Den Vorhang zu und alle Fragen offen» beendete seinerzeit der berühmte Literaturkritiker Marcel Reich-Ranicki seine TV-Sendungen. Es handelte sich dabei um das abgewandelte Zitat von Bertold Brecht «Wir stehen selbst enttäuscht und sehn betroffen / Den Vorhang zu und alle Fragen offen» aus «Der gute Mensch von Sezuan».



Beat Jost  
Gemeindepräsident in Albinen

Vatikan verweigert homosexuellen Paaren die Segnung

Für das Nein zur Segnung gleichgeschlechtlicher Paare wird der Vatikan kritisiert. Auch für den Verein «QueerWallis» ist der Entschluss aus Rom ausgrenzend und diskriminierend.

«Gott darf die Sünde nicht segnen», war die Antwort des Vatikans auf die Frage, ob Geistliche homosexuelle Paare segnen dürfen. Das stiess in den vergangenen Tagen in verschiedenen Kreisen auf starke Kritik. Noch im letzten Herbst hatte Papst Franziskus positive Signale aus dem Vatikan gesandt. Homosexuelle seien Kinder Gottes.

Auch sie hätten ein Recht auf eine Familie. Ein Anliegen des Papstes war eine rechtliche Absicherung gleichgeschlechtlicher Paare.

Vatikan hinkt hinterher

Darum kommt für Marcelo Paiva Rodrigues, Co-Präsident von «QueerWallis», dieser Entschluss überraschend. Er kommentiert das Nein des Vatikans als ausgrenzend und diskriminierend. «Wir haben ja nicht damit gerechnet, dass homosexuelle Paare in Zukunft heiraten dürfen», sagt Paiva Rodrigues.

Doch dass der Vatikan nun sogar den Segen verweigert hat, erstaune ihn. Der Vatikan hinke bei den gesellschaftlichen Idealen immer noch hinterher. Paiva Rodrigues hat gehofft, dass sich der Vatikan durch Papst Franziskus verändere. «Wie es aussieht, bleibt er aber wie er ist. Konservativ.»

Entscheid ist kein Urteil über Homosexuelle

Rolf Kalbermatter, Pfarrer der Pfarreien Brigerberg, kann die Hektik der letzten Tage gut verstehen. Doch auch er vertritt den Standpunkt der katholischen Kirche. Wenn sich eine Einzelperson segnen lassen möchte, geht er diesem Wunsch nach.«Ich verweigere niemandem den Segen», sagt Kalbermatter. Anders sieht es aber mit einer Hochzeitsfeier homosexueller Paare aus. «Wenn es aussehen soll wie eine Pseudohochzeit, habe ich Mühe.» In der ka-

tholischen Kirche stehe die Hochzeit für einen Mann und eine Frau, die Leben weitergeben möchten. Das heisst, Paare, die Kinder zeugen und so den Glauben weitergeben wollen.

Die Ablehnung von offiziellen Segnungsfeiern für gleichgeschlechtliche Beziehungen sei kein Urteil über homosexuelle Menschen. Aber eine kirchliche Segnung menschlicher Beziehungen sei nur dann möglich, wenn damit den Plänen Gottes gedient sei. Also eine Verbindung eines Mannes und einer Frau, die für die Lebensweitergabe offen sei. Das heisst Paare, die zusammen Kinder zeugen wollen.

pomona.media hat verschiedene christliche Organisationen und Geistliche angefragt. Nur die im Artikel erwähnten Akteure wollten sich zum Thema äussern.

Lilian Ritler



Homosexuelle Paare dürfen von Geistlichen nicht gesegnet werden. Diesen Entschluss fasste vergangene Woche der Vatikan.  
Bild: Keystone